

CH_VB 95.3102 vom 9. Juni 1995

Bundesverwaltung, 1995-06-09, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_95.3102

FR: CH_VB 95.3102 du 9 juin 1995

IT: CH_VB 95.3102 del 9 giugno 1995

Erwägungen

E. 9

Juni 1995 543 Interpellation Frick Versuchung nach, unter dem Vorwand irgendeines militärischen Know-how-Gewinns noch etwas Strukturhaltung zu betreiben. Man ist hier auch etwas härter geworden in den Massstäben - schon wegen des Finanzdruckes. Es muss aber festgestellt werden, dass die Schweizer Beteiligung an Beschaffungen im Ausland nicht unbedingt mit Mehrkosten verbunden sein muss. Es ist beispielsweise auf die Rüstungsprogramme 1993 und 1995 hinzuweisen. In beiden Programmen sind verschiedene Auslandbeschaffungen mit Beteiligung der Schweizer Industrie enthalten, die ohne Mehrkosten abgewickelt werden können. Das Rüstungsprogramm 1993 weist einen direkten Inlandanteil, also eine direkte Inlandproduktion, von 70 Prozent aus; das Rüstungsprogramm 1995, das Sie heute verabschiedet haben, einen solchen von 64 Prozent. Wenn man zusätzlich die indirekten Beteiligungsverpflichtungen miteinbezieht, ergibt sich für das Rüstungsprogramm 1993 ein Inlandanteil von 80 Prozent, für dasjenige von 1995 sogar ein solcher von 94 Prozent. Bezogen auf die Beschäftigungswirksamkeit ergibt sich daraus im Inland ein Beschäftigungsgrad von etwa 1700 Arbeitsplätzen für 1993 und von etwa 1400 Arbeitsplätzen für 1995, in beiden Fällen für einen Zeitraum von etwa 5 Jahren - ohne signifikante Mehrkosten. Zum zweiten Fragenkomplex, dem Problem der Berücksichtigung regionaler Anliegen zur Erhaltung von Arbeitsplätzen: Der Interpellant, Herr Frick, stellt zu Recht fest, dass Regionalpolitik und Strukturhaltung nicht Kernaufgaben des EMD sein können. Das muss man trennen, sonst kommt man in eine Mischlösung, wo man ständig irgendwie den Vorwand findet, nicht das Günstigste und Beste zu nehmen. Deshalb habe ich gesagt, Sie könnten nicht zwei Kulturen haben. Man wird immer einen Vorwand finden, warum man das Teurere nehmen muss. Dann kommen wir in des Teufels Küche. Letztlich habe ich ein Interesse daran, dass wir aus dem Rüstungsfranken das Maximum herausholen - das ist der Hauptauftrag des EMD. Ich stimme also Ihrer Beurteilung zu. Die Botschaft zum Rüstungsprogramm 1995 führt die Rahmenbedingungen für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen in Ziffer 171 auf. Die Rahmenbedingungen sind die Einkaufsverordnung und das künftige Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen, die die Beschaffungsstellen des EMD zum Wettbewerb verpflichten. Regionale Anliegen dürfen deshalb bei der Auftragsvergabe nur so weit berücksichtigt werden, als sich diese mit den Grundsätzen des freien Wettbewerbs vertragen. Das ist übrigens auch etwas, was man bei der indirekten Beteiligung berücksichtigen muss. Es geht dabei nicht um Strukturhaltung; dies deswegen, weil nur konkurrenzfähige Offerten - in preislicher und qualitativer Hinsicht - überhaupt berücksichtigt werden. Es handelt sich in diesem Sinne nur um eine Marketinghilfe und nicht um ein Geschenk zur Strukturhaltung. Es gibt Unternehmer, die hin und wieder abblitzen, dann an die Medien gelangen und über diese direkten Beteiligungen schimpfen. Das haben wir kürzlich wieder erlebt. Aber es läuft beim F/A-18 sehr gut. Wir haben ja

auch noch Zeit. Auf keinen Fall dürfen aber dabei Mehrkosten entstehen. Massgebendes Auswahlkriterium muss immer die Konkurrenzfähigkeit einer Offerte bleiben. Bis jetzt haben wir die Transportkosten nicht berücksichtigt. Das ist in bezug auf die gleich langen Spiesse ein kleiner Vorteil. Durch einen möglichst breiten Einbezug von Offertenstellern aus allen Landesteilen wollen wir aber sicherstellen, dass die Chance zur Teilnahme am Wettbewerb auch für Lieferanten aus wirtschaftlich schwächeren Regionen erhalten bleibt. Diese müssen informiert werden. Wir tun viel, damit die Möglichkeiten für Offerten bekannt werden. Wenn sich schliesslich mehrere konkurrenzfähige Angebote gegenüberstehen, dann wird - ich habe das meinen Leuten gesagt, und der Rüstungschef setzt diese Politik durch -, dasjenige aus der wirtschaftlich schwächeren Region berücksichtigt. Hier haben die Stärkeren dann einen gewissen Nachteil. Diese Grundsätze werden nicht nur vom EMD selber konsequent befolgt, sondern sie werden nach Möglichkeit auch den Generalunternehmern (einer Oerlikon-Contraves oder einer Mowag), wenn sie Unterlieferanten haben, überbunden. Ein Sonderfall ist die Beschaffung der persönlichen Ausrüstung für die Angehörigen der Armee. Gemäss Artikel 20 Absatz 3 der Bundesverfassung - Sie kennen das; Sie haben es kürzlich abgeschafft - erfolgt diese dezentral durch die Kantone. Die Mehrkosten dieser Beschaffungsart hat der Bundesrat im Rüstungsprogramm 1993 offengelegt. Je nach Artikel verteuert die dezentrale Beschaffung die Preise um

E. 10

bis 65 Prozent. Daraus ergeben sich aber nicht so gewaltige Mehrkosten. Sie liegen etwa bei 15 Millionen Franken im Jahr. Aber auch hier müssen wir heute versuchen zu sparen. Sie haben dieser Verfassungsänderung zugestimmt und damit eigentlich auch ein Zeichen in die andere Richtung, Herr Frick, gesetzt: dass wir nämlich konkurrenzfähig einkaufen müssen. Dazu wird das Volk dann Stellung nehmen können. Dann können wir kostengünstiger zentral beschaffen, natürlich mit vernünftigen Übergangsfristen. Wir haben mit den Kantonen jetzt schon eine Vereinbarung, die eine günstigere Beschaffung zulässt. Ich bin sehr dankbar, dass die kantonalen Militär- und Volkswirtschaftsdirektoren Hand zu dieser Lösung geboten haben. Sie werfen auch die Frage auf, Herr Frick, ob nicht - und das ist Ihr eigentliches Anliegen - die aus regionalpolitischer Rücksichtnahme erwachsenden Mehrkosten nach dem Vorbild der SBB und neu auch der Postautos abgegolten werden sollten. Mir persönlich wäre das nicht ganz unsympathisch, aber ich muss Ihnen klar sagen, dass der Bundesrat nicht neu solche Tatbestände schaffen möchte. Abgesehen davon hätten wir dafür im Moment keine Rechtsgrundlage. Wir sollten zudem, so glaube ich, vom bewährten Grundsatz nicht abgehen, dass mit militärischen Beschaffungen nicht in erster Linie Regionalpolitik betrieben werden soll. Militärisches Bedürfnis und Wirtschaftlichkeit sollen auch in Zukunft entscheidend bleiben. Wir wissen um unsere regionalpolitische Verantwortung, und wir haben es mit den Standortentscheidungen vom Frühling dieses Jahres für das Industriepotential bewiesen. Ich kann Ihnen vielleicht noch einmal kurz belegen, dass wir das tun - bevor ich dann die kurzen Antworten gebe, die Sie vielleicht wegen diesem einzelnen Punkt nicht ganz befriedigen werden. Wir haben die Restrukturierung des Industriepotentials so an die Hand genommen, dass wir uns gefragt haben: Wie würden wir das Industriepotential, einschliesslich der Unterhaltskapazität - alles, was in der KMV, in den Rüstungsbetrieben, im OKK, im Bundesamt für Militärflugplätze usw. dafür relevant ist -, strukturieren, wenn es gar nicht existieren würde? Das ist der Ansatz der sogenannten «grünen Wiese». Dann haben wir die vorhandene Struktur mit diesem theoretischen «Grüne Wiese»-Konzept konfrontiert

und versucht, das Existierende möglichst wirtschaftlich und optimal dem «Grüne Wiese»-Ansatz anzunähern. Das hat uns allein in diesem Bereich - aber das sind drei Viertel des EMD - ein theoretisch mögliches Einsparpotential, einen möglichen Personalabbau, im Umfang von 29 Prozent aufgezeigt, verglichen mit Stand Ende 1993. Dann haben wir festgestellt, dass wir - wenn wir so vorgehen - in einigen Regionen Lücken schaffen, die aus regionalpolitischen Gründen nicht beantwortbar sind. Ich denke etwa an Aigle; auch Lodrino wäre weggefallen. Betrachten Sie einmal die Lage, in der dieses Tal nach dem Fall Monteforno jetzt ist. Daneben wären Zweisimmen, wo es sonst keine industriellen Arbeitsplätze gibt, und Samen weggefallen, um vier Beispiele zu nennen. Wir haben dann in einer intensiven Nachtsitzung lange diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass wir das nicht tun dürfen. Schliesslich haben wir unseren Abbau auf nur 23 Prozent beschränkt. Die 6 Prozent, die wir weniger abbauen, machen ein jährliches Einsparpotential in der Grössenordnung von 70 Millionen Franken aus, das wir eben nicht erschliessen. Damit ist eine Ihrer Fragen beantwortet und auch quantifiziert. Die neue Struktur besteht; da kann man nun nicht mehr grosse Berge versetzen. Das muss zusammenpassen wie ein Puzzle; es ist ein hochkomplexes Projekt, wie es sogar in

Interpellation Frick 544 9 juin 1995 der Industrie sehr selten vorkommt. Ich glaube, dass diese 70 Millionen Franken ein in unserer Rechnung tolerierbarer Ausgabenposten sind, der nur der Regionalpolitik dient. Dazu kommen, wie ich gesagt habe, die paar Prozente bei der Beschaffung von anderen Rüstungsgütern, die ich auch quantifiziert habe. Zusammenfassend möchte ich folgendes festhalten:

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.